

Inflation in Deutschland steigt auf 2,2 Prozent

Die Preise für viele Dienstleistungen wie Versicherungen legen kräftig zu. Dagegen entspannt sich die Lage bei den Energiepreisen etwas. Teure Butter, viel billigere Reisen.

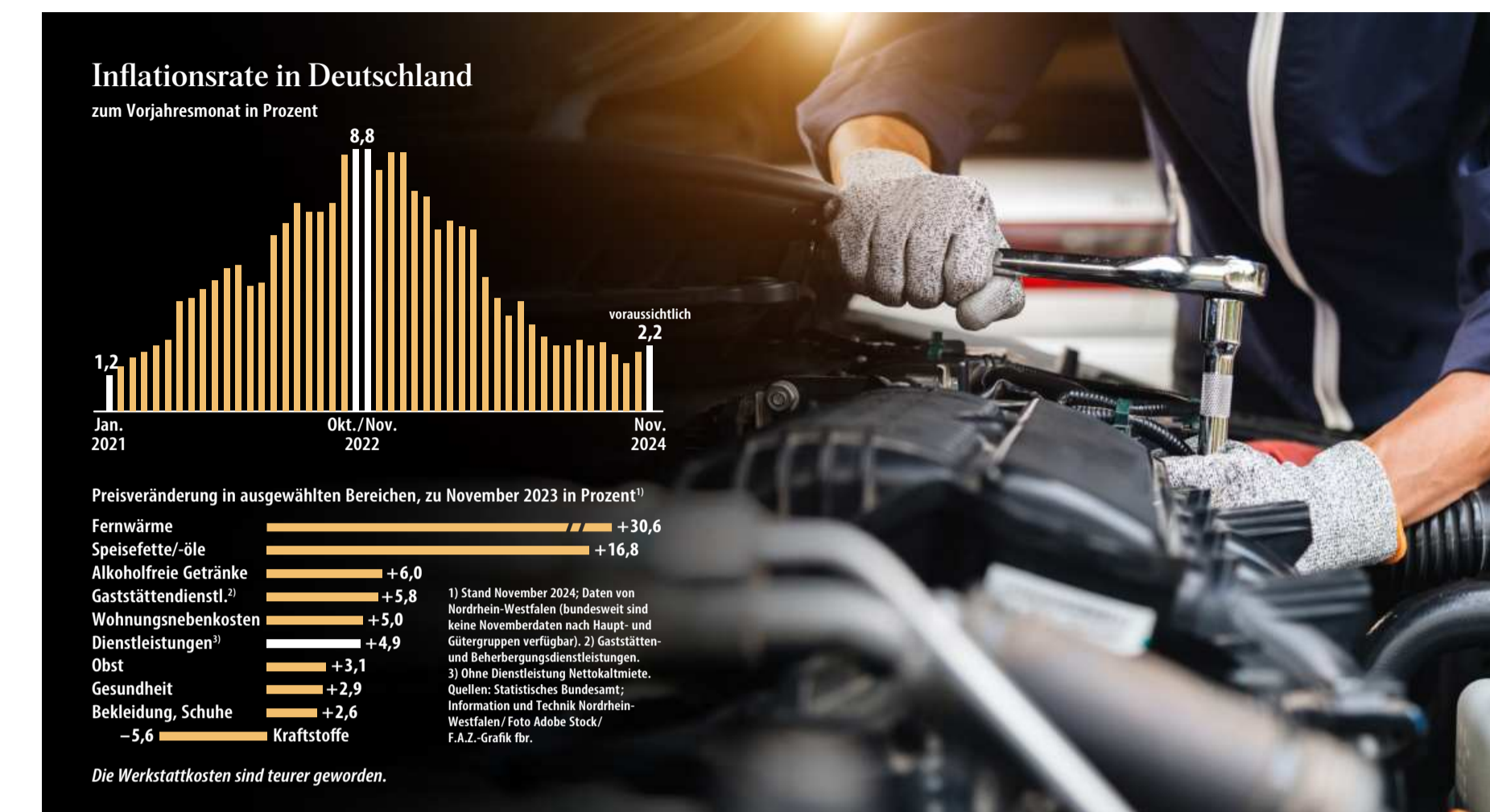
Von Christian Siedenbiedel, Frankfurt

Die Inflationsrate in Deutschland lag im November bei 2,2 Prozent. Das hat das Statistische Bundesamt am Donnerstag nach einer ersten Schätzung mitgeteilt. Im Oktober hatte die Rate 2,0 Prozent betragen nach 1,6 Prozent im September. Gegenüber dem Vormonat Oktober lagen die Verbraucherpreise im Schnitt 0,2 Prozent tiefer. Die Kernrate der Inflation, das ist die Teuerung ohne die stark schwankenden Preise für Energie und Lebensmittel, die von Notenbankern gern als Indikator für die längerfristige Entwicklung betrachtet wird, legte von 2,9 auf drei Prozent zu.

Ökonomen hatten erwartet, dass die Inflationsraten zum Jahresende nicht mehr ganz so niedrig sein würden wie noch im September. Dafür gibt es technische Gründe, sogenannte statistische Basiseffekte: Im Vorjahr waren die Energiepreise im Herbst gesunken. Entsprechend höher sind jetzt tendenziell im Vorjahresvergleich die Steigerungsraten. Die Bundesbank hatte davor in ihrem September-Monatsbericht gewarnt.

Allerdings sorgt offenbar die schwache Konjunktur dafür, dass die Inflationsraten nicht durch die Decke gehen. Der Ölpreis ist mit rund 72 Dollar je Barrel (Fass zu 159 Liter) weiterhin eher niedrig, auch wenn der seit der Wahl von Donald Trump stärkere Dollar die Importpreise treibt. Auch sonst scheint es für Unternehmen wegen der Wirtschaftslage nicht so ganz einfach zu sein, die Preise anzuhängen. Immerhin aber haben die Entgelte für Dienstleistungen auf Jahresbasis recht deutlich zugelegt.

Zudem kosten bestimmte Nahrungsmittel im Zusammenhang mit höheren



Rohstoffpreisen erheblich mehr als vor einem Jahr, etwa Butter und Orangensaft. Auch für Kaffee waren zuletzt höhere Rohstoffpreise zu beobachten. Die Preise für andere Produkte wie Sonnenblumenöl waren nach Beginn des Ukrainekriegs in die Höhe gegangen, später aber wieder gesunken. Hingegen ist Olivenöl nach einer schlechten Ernte aufgrund von Trockenheit in Spanien teurer geworden; das hat sich noch nicht wieder normalisiert.

Was genau alles teurer oder billiger geworden ist, verraten die schon detaillierter veröffentlichten Zahlen für Nordrhein-Westfalen, die meistens relativ repräsentativ für Deutschland sind. Gemüse war demnach 2,7 Prozent billiger als vor einem Jahr, Obst 3,1 Prozent teurer. Fleisch stieg 0,9 Prozent im Preis, Fisch wurde 1,7 Prozent billiger. „Vor allem die Versicherungsprämien entwickeln sich immer mehr zum Problem“, sagte Holger

Schmieding, der Chefvolkswirt des Bankhauses Berenberg. Als Folge hoher Lohn- und Materialkosten für Reparaturen mussten die Verbraucher im November 36,3 Prozent mehr für die Kraftfahrzeugversicherung zahlen als ein Jahr zuvor. Insgesamt verteuerten sich Versicherungsdienstleistungen um 16,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr nach 14,7 Prozent im Oktober. Auch die Pflege wird bei steigenden Personalkosten teurer.

„Der November ist kein guter Reisemonat, in diesem Jahr offenbar noch weniger als üblich“, sagte Schmieding: „Möglicherweise beginnen die verunsicherten Verbraucher, sogar bei Reisen etwas zu sparen.“ Dank eines recht ausgeprägten Rückgangs der Preise für Pauschalreisen im November um 13,2 Prozent gegenüber Oktober ermäßigte sich die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich von 5,8 Prozent im Oktober auf 3,7 Prozent im November. Allerdings schwanken diese Preise oft.

Butter ist 35,5 Prozent teurer als vor einem Jahr, dagegen kosteten Gurken 5,6 Prozent weniger. Abgesehen von den weiter steigenden Kosten für Fernwärme entspannt sich die Lage im Energiebereich etwas. Energie ist zwar weiterhin im Vergleich zu früher teurer, aber die Kosten für Heizöl einschließlich Betriebskosten gingen im November gegenüber dem Vormonat um 2,1 Prozent zurück. Sie lagen damit 9,8 Prozent unter den Vorjahreskosten. Kraftstoffe verbilligten sich auf Jahressicht um 5,6 Prozent. Dabei wurde Benzin 5,1 Prozent günstiger und Diesel 7,6 Prozent.

Die Inflationszahlen werden auch deshalb im Augenblick besonders aufmerksam verfolgt, weil die Europäische Zentralbank am 12. Dezember das nächste Mal über die Zinsen entscheiden will und angekündigt hat, „datenabhängig“ vorzugehen. Vieles spricht dafür, dass die Notenbank die Zinsen weiter senkt, aber

nicht so stark wie von manchen zeitweise erwartet. Den Investoren an den Geldmärkten erscheint mittlerweile ein kleinerer Zinsschritt um 0,25 Prozentpunkte wahrscheinlicher als noch vor Kurzem.

Bundesbankpräsident Joachim Nagel plädierte mit Blick auf die Dezember-Zinsentscheidung für Umsicht. „Ob im Dezember ein weiterer Zinsschritt folgen wird, entscheiden wir auf Basis der dann vorliegenden Daten“, sagte er. Es gelte, weiter vorsichtig zu sein und die Geldpolitik „nur graduell und nicht zu schnell“ zu lockern. Es gebe nach wie vor Risiken: So sei nicht auszuschließen, dass das Lohnwachstum langsamer zurückgehe als erwartet. „Sehr real ist zudem das Risiko, dass die neue amerikanische Regierung handelspolitische Maßnahmen ergreift, die sich auch hierzulande in höherer Inflation niederschlagen“, sagte Nagel. Zur Vorsicht mahne auch die nach wie vor erhöhte Kerninflation.

EU-Rechnungshof kritisiert Kampf gegen Steuervermeidung

Unterschiedliche Praxis in den Mitgliedstaaten / Deutsche Behörden melden Steuersparmodelle mit Abstand am häufigsten

wmu. BRÜSSEL. Unternehmen in der EU gelingt es häufiger als politisch gewollt, ihre Steuerlast über die Maßen zu reduzieren. Zu diesem Befund kommt der Europäische Rechnungshof in einem am Donnerstag veröffentlichten Sonderbericht. Der Hauptgrund ist nach Auffassung der Rechnungsprüfer, dass die nationalen Steuerbehörden die Möglichkeiten nicht ausreichend ausnutzen, die sie mit den in den vergangenen zehn Jahren erlassenen EU-Rahmengesetzen an die Hand bekommen haben. Vor allem nutzen die Behörden das Instrument des automatischen Informationsaustauschs über „aggressive“ Steuerplanung von Land zu Land sehr unterschiedlich, heißt es in dem Bericht.

Der automatische Informationsaustausch der Steuerbehörden gilt in der EU als wichtigstes Instrument gegen

Steuervermeidung. Er erlaubt es den Finanzämtern, Zinserträge von Sparern im Ausland aufzuspüren. Er soll aber auch dafür sorgen, dass es die Steuerbehörden mitbekommen, wenn in ihrem Land ansässige Unternehmen Gewinne in Länder verschieben, in denen die Steuerlast niedriger ist. Diese „aggressive“ Steuerplanung wenden vor allem internationale Großkonzerne an, wenn sie – meist über interne Gewinnverrechnungsmodelle – ihre Steuerlast in Länder mit niedriger Unternehmensbesteuerung verlagern, meist mit Unterstützung der Behörden jener Länder.

Mitte 2020 ist die EU-Richtlinie zum Informationsaustausch von „potenziell aggressiven“ Steuersparmodellen an eine zentrale EU-Datenbank (DAC 6) in Kraft getreten. Bis Ende 2023 hat der Rechnungshof rund 53.000 Meldungen solcher

Modelle registriert. Mit Abstand am häufigsten sind die deutschen Behörden. Sie meldeten 49,3 Prozent der Fälle. 14,7 Prozent stammten aus den Niederlanden. Aus den nach Deutschland nächstgrößten Staaten Frankreich (1,9 Prozent) und Italien (1,6 Prozent) kamen erheblich weniger Meldungen. Nicht zuletzt wegen dieser großen Unterschiede sieht der Hof deutliche Lücken in der Durchsetzung der Richtlinie. Er bemängelt generell, dass die nationalen Steuerbehörden ihre Möglichkeiten zum gegenseitigen Informationsaustausch nicht ausnutzen oder die Regeln unterschiedlich interpretieren.

Ob die überdurchschnittlich vielen deutschen Meldungen ihren Grund in besonders vielen deutschen Steuervermeidungsfällen oder in einer besonderen Akribie der deutschen Behörden haben, ist bislang nicht bekannt. Der Rech-

nungshof befindet nur allgemein, dass die Mitgliedstaaten ihre Pflicht zum Datenaustausch unterschiedlich interpretieren und oft die Qualität der ihnen gelieferten Informationen nicht genügend prüfen oder gar nicht auf sie zurückgriffen. Weder die EU-Kommission noch die meisten Mitgliedstaaten verfügten über einen „geeigneten Ansatz zur Messung der Leistung der Instrumente zur Bekämpfung schädlicher Steuerregelungen und der Steuervermeidung durch Unternehmen“. Der Kampf gegen „Regelungen, die Anreize zur Steuerflucht bieten“, verliere dadurch an Wirksamkeit. Offenbar seien ferner die Strafzahlungen bei Nichteinhaltung der Meldepflichten in einigen EU-Staaten nicht abschreckend genug angesetzt.

Um diese Mängel abzustellen, müsse die EU-Kommission besser kontrollieren,

ob die Steuerregeln in den Mitgliedstaaten griffen, fordern die Prüfer. Ferner müsse sie Leitlinien entwickeln, nach denen die EU-Staaten das Rahmenwerk einheitlich anwenden könnten. Unabhängig davon sei eine umfassende Bewertung der einschlägigen Richtlinien angezeigt, die gegebenenfalls in Gesetzesnovellen münden könnte.

Hintergrund der Steuerregeln ist der Wunsch, eine „gerechte Besteuerung im Binnenmarkt“ herzustellen, wie es die EU-Finanzminister wünschen. Auch die EU-Kommission zieht das Binnenmarktargument heran, wenn sie gegen Steuervorschriften („tax rulings“) vorgeht, die nationale Behörden mit einzelnen Unternehmen vereinbaren. Die Begründung der Kommission in solchen Verfahren lautet, es handle sich um eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilfe.

STANDPUNKT

Deutschland braucht mehr finanzielle Ressourcen für die Verteidigung – noch vor der Wahl

Von Clemens Fuest, Moritz Schularick, Armin Steinbach und Guntram Wolff

In einer Zeit wachsender geopolitischer Bedrohungen und globaler Unsicherheit stehen Deutschland und Europa vor dringenden sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die erneute Präsidentschaft von Donald Trump und seine Nominierungen für wichtige Posten senden Schockwellen durch Europa. Denn die Nominierungen lassen auf einen Kurs schließen, der erhebliche Konsequenzen für die Stabilität des Kontinents haben könnte. Schon bald könnte die Unterstützung der Ukraine allein von uns Europäern abhängen. Ein solches Szenario würde erhebliche zusätzliche finanzielle Ressourcen erfordern, die schnell und mit langfristiger Perspektive bereitgestellt werden müssen.

Die Gefahr für die Sicherheit unserer Gesellschaft ist real. Es ist die verfassungsmäßige Verantwortung des Staates, für Sicherheit durch Verteidigungsfähigkeit zu sorgen. Unsere Verteidigungskapazitäten müssen gestärkt und die europäischen Verteidigung eigenständig und zukunftsfähig aufgebaut werden. Es ist an der Zeit, dass Europa den vielen Worten Taten folgen lässt und seine Sicherheit in die eigenen Hände nimmt.

Doch wie kann dies praktisch umgesetzt werden? Die Herausforderung trifft auf ein Umfeld, in dem der Handlungsspielraum der demokratischen Mitte durch den Aufstieg populistischer Parteien zunehmend begrenzt wird. Es besteht die reale Gefahr, dass die demokratischen Fraktionen im nächsten Bundestag nicht mehr über die notwendige Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen verfügen könnten. In diesem Fall bliebe Deutschland sicherheitspolitisch nur durch wiederholte Notlagenbeschlüsse handlungsfäh – eine Option, die das Bundesverfassungsgericht jedoch strikten Grenzen unterwirft.

Eine nachhaltige Stärkung europäischer Verteidigung lässt sich mit Notlagenbeschlüssen nicht erreichen. Es ist unstrittig, dass die notwendigen Verteidigungsausgaben im regulären Haushalt verankert werden müssen. Kurzfristig aber ist es unrealistisch, diese Mittel ausschließlich durch Einsparungen in anderen Haushaltsbereichen bereitzustellen. Die benötigten Summen sind dafür zu hoch, denn die Bundeswehr stellt nach drei Jahrzehnten der Unterinvestition in Verteidigungsfähigkeit in vielen Berei-

chen sehr schwach da. Das Sondervermögen hat lediglich einige Lücken schließen können und ist nach bisheriger Planung 2027, also deutlich vor Ende der nächsten Legislaturperiode, schon aufgebraucht. Die für größeren Budgetspielraum erforderlichen Reformen in anderen Bereichen benötigen Zeit – eine Zeit, die wir, die Ukraine und andere bedrohte Staaten in Osteuropa ebenso wie Deutschland derzeit nicht haben.

Die Bewältigung dieser existenziellen Aufgaben ist kurzfristig nicht ohne eine zusätzliche Kreditaufnahme möglich. Steuererhöhungen würden die ohnehin schwierige wirtschaftliche Lage des Landes zusätzlich belasten. Dank der Schuldenbremse verfügt Deutschland in der aktuellen Situation über genügend finanziellen Spielraum, um seine Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Denn Fiskalregeln wie die Schuldenbremse sind sinnvoll, aber die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck. Sie dient dem Zweck, dem

deutschen Volk ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen.

Aus guten Gründen schützt eine überparteiliche Initiative das Bundesverfassungsgericht noch vor der Wahl durch eine Grundgesetzänderung vor den Risiken einer Sperrminorität populistischer Parteien. Nichts anderes gilt es mit Blick auf unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen: Noch in dieser Legislaturperiode sollten deshalb die Voraussetzungen geschaffen werden,

das Deutschland sicherheitspolitisch handlungsfäh bleibt. Zwei Lösungswege bieten sich an. Eine Möglichkeit wäre, Nettoinvestitionen für Verteidigung, die über das aktuelle Niveau hinausgehen, von der Schuldenbremse auszunehmen, sodass die künftige Regierung flexibel und schnell auf Bedrohungen reagieren und die Verteidigungsfähigkeiten stärken könnte. Eine Art goldene Regel für Verteidigungsinvestitionen würde die Fähigkeit des Sta-

tes stärken, seiner sicherheitspolitischen Kernverantwortung gerecht zu werden und verhindern, dass die zusätzlichen Verschuldungsspielräume zweckentfremdet werden. Bei dieser Lösung blieben die parlamentarischen Kontrollrechte vollständig gewahrt. Das Parlament könnte sich zudem Mitentscheidungsrechte bei Beschaffungsmaßnahmen sichern. Ersatz für Abschreibungen müsste allerdings wie Personalausgaben und Verbrauchsmittel aus laufenden Einnahmen bestritten werden. Das macht es erforderlich, nicht allein auf Verschuldung zu setzen, sondern sofort mit der Umschichtung von Ausgaben zu beginnen.

Eine alternative Lösung wäre die Schaffung eines weiteren Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 300 Milliarden Euro oder mehr. Diese Option würde ebenfalls sofort Aufrüstung ermöglichen, wäre jedoch befristet. Hier wäre es wichtig zu verhindern, dass die bisherigen Rüstungsausgaben im Kernhaushalt gekürzt und in das Sondervermögen verlagert werden. Außerdem müsste die Politik glaubwürdig beschließen, mittelfristig einen höheren Verteidigungsetat über den Kern-

Lagarde plädiert für Buy American

sibi. FRANKFURT. Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) hat sich für den Fall neuer US-Zölle unter Donald Trump gegen Vergeltungsmaßnahmen und für Gespräche ausgesprochen. „Wir könnten anbieten, bestimmte Produkte aus den Vereinigten Staaten zu kaufen, und so signalisieren, dass wir bereit sind, am Verhandlungstisch zu sitzen“, sagte Lagarde in einem Interview mit der Zeitung „Financial Times“. Das sei besser als eine reine „Vergeltungsstrategie“. Die EZB-Präsidentin ließ sich in dem Interview auch auf eine Diskussion ein, was das denn für Produkte sein könnten, die Europa dann zusätzlich aus den Vereinigten Staaten beziehen könnte. Sie sei keine Handelsexpertin, sagte Lagarde, aber beispielsweise könne Europa mit Amerika über den Bezug von mehr Flüssiggas LNG sprechen. „Und natürlich gibt es eine ganze Kategorie von Verteidigungsgütern, von denen wir nicht in der Lage sind, sie hier in Europa herzustellen, und die im Rahmen eines kohärenten EU-Konzepts von den Mitgliedstaaten gekauft werden könnten“, sagte sie. Trump hatte im Wahlkampf eine Erhöhung der Zölle auf zehn bis 20 Prozent auf alle ausländischen Importe angekündigt. Dass eine Spanne genannt wird, zeige, dass „sie offen für Verhandlungen sind“, sagte Lagarde in dem Zeitungsgespräch.

Schweden für Batteriehilfen

dpa. BRÜSSEL. Schweden drängt in Brüssel auf mehr Unterstützung für die europäische Batterieindustrie. „Wir ertränken die europäische Wettbewerbsfähigkeit im Grunde genommen nicht nur in einer Vielzahl von Vorschriften, sondern auch in Vorschriften, die ein Labyrinth sind“, sagte Schwedens Vizeregierungschefin und Industrieministerin Ebba Busch am Rande eines EU-Ministertreffens in Brüssel. Sie fordert, unterstützt von Deutschland und Frankreich, die EU-Kommission dazu auf, gute Arbeitsbedingungen für die bestehende Batterieindustrie sicherzustellen. Deutschlands Vertreter bei dem Ministertreffen, Staatssekretär Bernhard Kluttig, sagte, eine starke Batterieindustrie in Europa sei enorm wichtig für die deutsche Automobilindustrie.

Dabei geht es laut Busch auch darum, bestehenden Firmen zu helfen, ihre Produktion massiv auszubauen. „Wenn wir mit dem grünen Übergang Erfolg haben wollen, muss der europäische Batteriesektor fliegen und angemessene Marktanteile erobern“, so Busch. Europas Wirtschaft werde zwischen „unseren lieben amerikanischen Freunden“ und einer unfairen asiatischen Konkurrenz zerrieben.

Für Schweden gab es jüngst schlechte Nachrichten aus der Batteriebranche. Der finanziell angeschlagene schwedische Hersteller Northvolt hat in den USA ein Restrukturierungsverfahren gemäß „Chapter 11“ des US-Insolvenzrechts beantragt. Northvolt galt hinsichtlich der Batterieproduktion für E-Autos lange Zeit als großer Hoffnungsträger der europäischen Automobilindustrie.

Clemens Fuest ist Präsident des Ifo-Instituts.

Moritz Schularick ist Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft.

Armin Steinbach ist Jean-Monnet-Professor für Europarecht und Wirtschaft an der HEC Paris und Non-Resident Fellow bei Bruegel.

Guntram Wolff ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Brüssel (ULB) und Senior Fellow bei Bruegel.